

Verderbliche Wirtschaftsführung.

Von Josef Stöckler,
Staatssekretär für Landwirtschaft.

In dem in der Nummer vom 26. Januar veröffentlichten Artikel „Verderbliche Wirtschaftsführung“ wird in zutreffender Weise auf die großen Gefahren aufmerksam gemacht, die aus der derzeitigen Stagnation des Wirtschaftslebens und der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere der Nahrungsmittelversorgung, und damit der Entwicklung unseres Staatswesens drohen. Diese ganz richtig geäußerte Befürchtung wird mit einer vernichtenden Kritik der Tätigkeit des meiner Führung anvertrauten Staatsamtes verbunden. Sie werden es verständlich finden, wenn ich diese Vorwürfe Ihres geschätzten Blattes nicht mit beschaulicher Ruhe hinnehme, sondern bestrebt bin, in Ihrem verbreiteten Leserkreis eine andere Vorstellung von meiner Tätigkeit und meiner Schuld an den beklagenswerten Zuständen zu erwecken, als dies durch den Artikel der Fall sein muß.

Beklagt wird die herrschende Arbeitsunlust, die sicherlich für die Produktion nicht förderlich ist. Die Arbeitsunlust ist heute ein allgemeiner, alle Produktionszweige treffender Uebelstand, für den das Staatsamt für Landwirtschaft nicht verantwortlich gemacht werden kann. Ich kann nicht zwangsweise arbeitsfähige, aber unwillige Kräfte der Landwirtschaft zuführen. In meiner Macht liegt es nur, für entsprechende Einrichtungen Sorge zu tragen, die es ermöglichen, daß Arbeitgeber von dem Angebot der Arbeitnehmer Kenntnis erhalten und daß Arbeitswillige über gegebene Arbeitsmöglichkeiten unterrichtet werden. Dieser einzigen Möglichkeit der Staatsbehörden, der Landwirtschaft die nötigen Arbeitskräfte zuzuführen, hat das Staatsamt für Landwirtschaft bereits durch die mit Vollzugsanweisung vom 18. November 1918, St.-G.-Bl. Nr. 72, geschaffene Organisation zur Befriedigung des Bedarfes an landwirtschaftlichen Arbeitern Rechnung getragen. Der Wert der Anbau- und Erntekommissionen hängt von dem Grad der willigen Mitwirkung der Selbstverwaltungskörper und Interessenten ab. Diese Institutionen haben sich daher in der Vergangenheit nur dort bewährt, wo die Interessenten zur Mitarbeit gern bereit waren. In manchen Gegenden wurden sie als eine zwecklose Last empfunden. Dort wurden sie, wie viele andere aus dem früheren Regime überkommene Einrichtungen, in der stürmischen Zeit der Revolutionsepoche durch Wohlfahrtsausschüsse beseitigt.

Daß die Landwirte mit Unwillen darüber erfüllt sind, daß für die von der Entente gelieferten Mahlprodukte ungefähr das Klinschache jenes Preises gezahlt werden muß, der der heimischen Landwirtschaft gewährt wird, finde ich entschuldbar. Daß dieser Unwille aber die Landwirte dazu verführen wird, die Eigenproduktion möglichst einzuschränken, bestreite ich nicht, weil dies gegen das eigene wirtschaftliche Interesse der Landwirtschaft wäre. Sicher ist es, daß eine richtige Preispolitik, nämlich eine, die die Inlandspreise mit den Weltmarktpreisen besser in Einklang bringt, ein Mittel zur Hebung der heimischen Erzeugung wäre. Aber auf diesem Gebiet ist der Einfluß des Staatsamtes für Landwirtschaft nahezu ausgeschaltet, da die Festsetzung der Preise dem Staatsamt für Volksernährung obliegt. Ich bin daher ressortmäßig gar nicht in der Lage, hier Maßnahmen zu treffen, die die vom Verfasser beabsichtigte Arbeitsunwilligkeit der Landwirte zu bekämpfen geeignet wären.

Der Untätigkeit des Staatsamtes für Landwirtschaft wird auch die mangelhafte Versorgung der Landwirtschaft mit sachlichen Betriebserfordernissen ausgeschrieben. Ich glaube, daß eine kaum mehr als dreimonatige Tätigkeit selbst bei intensiver Anstrengung aller Kräfte nicht ausreichen kann, um die durch den vierjährigen Weltkrieg hervorgerufene Erschöpfung des gesamten Wirtschaftsorganismus auszugleichen. Dazu kommt noch, daß sich infolge unserer Niederlage, des Zerfalles des Staatswesens und der revolutionären Bewegung der Uebertragung von der Kriegswirtschaft in Bahnen bewegt, die zunächst auf allen Gebieten noch viel größere Störungen der Produktion herbeiführen als der Krieg selbst. Die katastrophale Kohlennot, die schwierigen Verkehrsverhältnisse, das sind lauter Momente, die die Versorgung der Landwirtschaft mit Betriebserfordernissen hemmen, für die aber doch nicht das Staatsamt für Landwirtschaft verantwortlich gemacht werden kann.

Der Mangel an Saatgut ist nur eine Folge der herrschenden Lebensmittelnot. Der Bekämpfung dieses Uebelstandes lernen die Transportverhältnisse und der Mangel an Valuta und Kompensationsobjekten fast unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg. Mir erscheint es daher mindestens entschuldbar, daß der für den Verkehr mit Saatgut zuständigen Kriessaatzeuber-

Lehranstalt die Beistellung der erforderlichen Mengen noch nicht gelungen ist. Das Gleiche gilt für die Versorgung mit Futtermitteln, deren Beschaffung und Anberufung ebenfalls nicht dem Staatsamt für Landwirtschaft obliegt. Für die Bereitstellung von Düngemitteln habe ich im Rahmen meines Ressorts, soweit die Verhältnisse es gestatten, vorgesorgt. Die in den Munitionsfabriken lagernden Stickstoffvorräte wurden erfasst und verteilt. Sie werden mit iener Raschheit, die die Kohlennot und damit die Verkehrsentwicklung gestattet, der Landwirtschaft zugeführt. Mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln strebe ich danach, den Phosphorsäurebedarf der Landwirtschaft durch baldige Inbetriebsetzung der Anlagen zur Ausbuchtung der Böden zu befriedigen. Der Mangel an arbeitswilligen Kräften bildet hier das Haupthindernis. Der Kohlenmangel und die Absehung vom Weltverkehr hindern die Versorgung der Superphosphatfabriken mit Betriebsstoffen und Rohphosphaten. Die Befehung des Elses durch die Entente, die Revolutionen und Streikbewegungen in Deutschland sind die Ursache für den Ausfall der Einfuhren von Kalidünger.

Die Verhältnisse auf dem Maschinenmarkt bedürfen keiner weiteren Erörterung; auch diesfalls müssen gerechterweise der Mangel an Kohle und Rohstoffen, nicht aber mangelnde Initiative des Staatsamtes für Landwirtschaft als Ursachen der ungenügenden Ausbringung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten angesehen werden. Ich meinerseits habe sofort nach meinem Amtsantritt eine Aktion eingeleitet, von der ich erhoffe, daß der Landwirtschaft billige und unseren Verhältnissen angepasste Maschinen und Geräte in großen Mengen werden zugeführt werden können, sobald in Mitteleuropa eine Vesserung jener Verhältnisse eintritt, die der Zusammenbruch der Mittelmächte verursacht hat.

Unseren Viehstand durch Einfuhren ausländischer Ruchtieren wieder aufzurichten, wäre vom züchterischen Standpunkt aus nicht unbedenklich. Wir können unsere heimischen Viehrassen (Murbodner, Müritaler, Pinzgauer, etc.) nicht durch wahllose Einfuhr von Ruchtieren regenerieren. Hierfür eignen sich von ausländischen Ruchtgebieten nur allenfalls jene der Schweiz. In der Zeit meiner Amtsführung wurden von dort bereits mehr als 1000 Stück im Werte von ungefähr 5.000.000 Kronen eingeführt. Bei dem großen Mangel an Valuten und Kompensationsobjekten muß das für einen Zeitraum von knapp drei Monaten als eine ganz ansehnliche Leistung bezeichnet werden.

Ich bin mit dem Verfasser des Artikels eines Sinnes, daß es Aufgabe der Staatsverwaltung ist, durch eine entsprechende Beeinflussung der landwirtschaftlichen Produktionskreise eine Hebung der heimischen Erzeugung herbeizuführen. Dazu stehen zwei Mittel zur Verfügung. Das eine ist die Hebung des landwirtschaftlichen Bildungswesens. Diese Aufgabe in den drei Monaten meiner Amtsführung noch nicht geleistet zu haben, macht mir nicht einmal der Verfasser des Artikels zum Vorwurf. Das zweite Mittel einer lebhaften eindringlichen Propaganda halte ich, so vorläufig es auch sonst wirken mag, gerade im jetzigen Zeitpunkt für nicht ungefährlich. Denn der Erfolg einer solchen Arbeit müßte auch für bessere Zeiten ernstlich gefährdet werden, wenn die Propagandatätigkeit jetzt einen Misserfolg aufweisen würde. Dies muß aber insoweit der Fall sein, als infolge der weltwirtschaftlichen Verhältnisse an allen nötigen Intensivierungsmitteln, Saatgut, Dünger, Maschinen, Betriebsstoffen (Kohle, Benzin) ein augenblicklich nicht zu behebender Mangel und in Deutschland eine größere Einfuhren hemmende Knappheit an Valuten und Kompensationsobjekten herrscht.

Im Interesse der Erschließung der Flächen für die Entwicklung einer intensiveren Bodenproduktion habe ich schon für das Jahr 1919 die Anwartsnahme von Meliorationen auf einem Gebiete von mehr als 12.000 Hektar mit einem Aufwand von annähernd fünf Millionen Kronen in Aussicht genommen. Für die Durchführung dieser Aufgabe sind fast 10.000 Arbeiter erforderlich. Ich hoffe nur, daß der in dem Artikel so eindringlich zum Ausdruck gebrachte gemeinwirtschaftliche Geist in die weitesten Bevölkerungsschichten dringen und mir dadurch die Aufgabe erleichtert wird, die nötigen Arbeitskräfte aufzutreiben.